

Deutschland.

Berlin, 22. November. Obgleich das Feldlazarethwesen der preussischen Armee während des letzten Krieges so allgemeine Anerkennung gefunden hat, daß von verschiedenen Staaten, so namentlich auch von Frankreich und Rußland Kommissarien hieher geschickt worden sind, um sich mit den Einrichtungen genauer bekannt zu machen, hat das Kriegeministerium doch nicht unterlassen, die gewonnenen Erfahrungen zu Einführung neuer Organisationen auf diesem Gebiete zu benutzen. — Da man gefunden hat, daß eine Beschleunigung der ärztlichen Hülfe von besonderer Wichtigkeit sei, ist angeordnet worden, daß die Hälfte des militärischen Personals mit den Truppen in die Gefechtslinie vorgehen soll (für Nichtkombattanten allerdings eine schwere Pflicht), während die andere Hälfte unmittelbar hinter der Gefechtslinie bei den Medizinalkassen der verschiedenen Truppenteile sich aufzustellen hat. Es würde also damit den Ärzten die Leitung des Transports der Verwundeten nach den Verbandplätzen mit obliegen. Ferner soll jeder geschlossene Truppentrupp, d. i. jedes Bataillon und jedes Kavallerie-Regiment vier zu diesem Dienst besonders ausgebildete Hülfs-Krankenwärter bei sich führen, welche ebenfalls beim Transport und Verband der Verwundeten während des Gefechts Hülfe zu leisten haben. — Die Kranenträger-Kompagnien, welche bisher die Stärke von 180 Mann hatten, sind vermehrt und in drei Eskadronen à 120 Mann formirt worden. Jedes Armeekorps würde somit 140 Mann zur Hülfe für die Verwundeten unmittelbar bei den Truppenteilen und 360 Mann zum Dienst in den Lazarethen etatsmäßig haben. — Der Geheime Regierungsrath v. Wolff wird nunmehr in Folge erhaltenen Auftrags seine Reise nach den neuen Provinzen antreten, um die Abgrenzung der Verwaltungsbezirke und die Organisation der Behörden zum Vollzug zu bringen. Zunächst wird nun die Provinz Kurhessen, dann Frankfurt und Nassau und zuletzt Hannover der neuen Organisation entgegenzusehen haben. Nachdem nunmehr die Ueberzeugung von der Unzulässigkeit einer Behandlung des Dotations-Entwurfes in der Weise, wie sie anfangs wohl von einem Theile der Landesvertretung supponirt worden war, in Folge der entschiedenen Protestationen aller Regierungsorgane gegen Amendirung und öffentliche Diskutirung der Dotationsvorlage, sich allgemein geltend gemacht hat, wird von vielen Seiten die eigenthümliche Taktik angewendet, die leider entstandenen Differenzen dem abwehrenden Theil, in die Schube zu schieben, doch ist es immerhin ein günstiges Zeichen, daß solche Entschuldigungen zur Deckung eines Rückzugs von den früher angestellten Intentionen der Opposition jetzt gesucht werden und läßt dies noch eine würdige Erklärung hoffen.

Berlin, 24. November. Sr. Maj. der König ertheilte gestern nach beendeter Jagd im Bergschlosse Blankenburg Audienz und empfing den Vortrag des Geheimen Hofrathes Bord. Nach Aufhebung der Tafel fand, wie schon Tags zuvor, im Schloßtheater Vorstellung statt. Heute Abend lehrte der König mit den königl. Prinzen von Blankenburg nach Berlin zurück. Der Kronprinz wird in Potsdam den Zug verlassen.

— J. Majestät die Königin-Wittve empfing gestern Mittags im Schlosse Sanssouci den Vertreter des Großherzogthums Hessen am königl. Hofe, Geh. Legationsrath Hoffmann, welcher bei seiner Rückkehr nach Berlin Sr. Hof. dem Prinzen Heinrich von Hessen einen Besuch abstattete.

— H. H. der Herzog und die Frau Herzogin von Sachsen-Meinungen beabsichtigen Anfangs Dezember dem königl. Hofe einen Besuch abzustatten.

— Es beschäftigt sich, daß an die Regierungen des norddeutschen Bundes vor einigen Tagen die Einladung ergangen ist, Bevollmächtigte namhaft zu machen und zu instruiren, welche hieselbst mit einem Vertreter der preussischen Regierung über den Entwurf einer Verfassung für den norddeutschen Bund in Verbindung zu treten haben. Von Seiten Preußens werden die Verhandlungen durch einen Diplomaten geführt werden, der sowohl durch seine frühere Stellung am Bundestage, als auch durch seine Theilnahme an den Negotiationen der vergangenen Monate eine volle Vertrautheit mit den bei der Konstitutionsfrage maßgebenden Dingen besitzt. Der späteste Termin, an welchem die Verhandlungen in Berlin beginnen sollen, ist, nach der „Z. Corr.“, der 15. Dezember, an welchem Tage, wie man annimmt, sämtliche Bevollmächtigte ihre Instruktionen erhalten haben dürften. Da bei keiner der interessirten Parteien ein Zweifel darüber besteht, daß von der Arbeit, für welche die Ereignisse so mächtig vorgebeugt haben, die politische Stellung und Sicherheit aller Vorkommenden abhängen, da überdies die Erfahrungen und Bestrebungen vergangener Epochen zur Verwerthung vorliegen, so darf man wohl hoffen, daß die Verhandlungen zu einem eben so raschen als festen Resultat führen werden.

— Es kann kein Zweifel mehr darüber walten, daß das Kaiserreich Mexiko unter der Dynastie Habsburg zu existiren aufgehört hat, nachdem nun auch die französischen Blätter die Ansicht ausgesprochen, daß die Abreise des Kaisers Maximilian nach Vera-Cruz keinen anderen Zweck gehabt haben könne, als den, sich nach Europa einzuschiffen. Das Kaiserreich hat somit noch nicht drittehalb Jahre bestanden, denn am 29. Mai 1864 betrat der Kaiser und die Kaiserin das Land mit so großen und schweren Hoffnungen, und vielleicht noch härter als durch den Verlust des Thrones, durch die Krankheit seiner Gattin getroffen, verläßt der tief gebeugte Monarch einstmals das erstrebte Land, ein ernstes Beispiel von dem Wechsel menschlichen Glücks.

Es tritt jetzt die delikate Frage an die französische Regierung heran, wie es ihr am besten gelingen wird, sich aus dem Unternehmen zurückzuziehen, da wohl kaum daran zu denken ist, daß sie

das Land noch ferner halte. Die Art und Weise, wie diese Frage gelöst werden wird, ob durch Unterhandlungen mit dem Kabinete von Washington, oder durch einen Appell an das mexicanische Volk (die Notabeln-Versammlung, welche das Kaiserreich inauguirte), läßt sich bei der Dunkelheit, welche die mexicanische Angelegenheit stets umhüllt hat, schwer voraussagen.

— Die Staatsschulden-Kommission hat sich, nachdem das Abgeordnetenhaus die Neuwahl seiner Mitglieder vorgenommen hatte, die auf die Abgeordneten Grabow, v. Hennig und Michaels (Stettin) fiel, am 15. d. M. neu konstituirte. Der frühere Vorsitzende Wirkliche Geh. Rath v. Nahe ist wiedergewählt. Der früher stellvertretende Vorsitzende Abgeordnete Hagen war nach seinem Wunsch vom Abgeordnetenhaus nicht wiedergewählt. An seiner Stelle ist der Abg. Michaels (Stettin) zum stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsschulden-Kommission gewählt worden.

— Wie der „V. u. S.-Ztg.“ aus der Lausitz geschrieben wird, hat der Erbprinz von Augustenburg sein vielgenanntes Schloß Dolzig an einen Herrn v. Dyhrn verkauft und wird Deutschland mit seiner Familie ganz verlassen. Der Erbprinz, der sich gegenwärtig zur Ordnung von Privatangelegenheiten mit Herrn Samwer in Coburg befindet, hat Gens zu seinem künftigen Wohnsitz gewählt und dort bereits das Rational-Bürgerrecht nachgesucht.

— Dem Landrath und Civil-Kommissar in Hannover, Freiherrn v. Hardenberg, ist der Charakter als Geh. Regierungsrath verliehen.

— Der Legationssekretär Freiherr v. Landsberg-Steinfurt, der diesseitigen Gesandtschaft in Kopenhagen atthacht, ist gestern Morgens mit Depeschen von dort eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen. Vormittags begab sich derselbe in das auswärtige Amt.

— Ueber den Gesundheitszustand des Kriegeministers v. Moos sind hier ungünstige Nachrichten eingelaufen, und es ist wahrscheinlich, daß derselbe noch nicht bald hierher zurückkehren wird.

— Die Fraktion der Altliberalen hat ihren Vorstand gewählt. Derselbe wird von den Abgeordneten Dr. Simsen und Frhn. v. Vinde (Hagen) als Vorsitzenden und Fubel als Schriftführer gebildet. Der Abg. Hafenclever, welcher in das Haus eingetreten ist, hat sich dieser Fraktion angeschlossen.

— Die Deputation der Stadt Breslau, welche von Sr. Maj. dem Könige die Gewährung eines Zuschusses von 100,000 Thln. zur Gründung einer Kunst-Akademie in Breslau erbitten sollte, wurde am Dienstag vorerst von den Ministern der Finanzen und des Kultus, dann aber auch von Sr. Majestät empfangen. Ueber die Audienz ist der „Breslauer Zeitung“ folgender Bericht zugekommen:

„Nachdem die Deputation vorgeladen worden war, trug der Oberbürgermeister Hobrecht den Inhalt der Petition vor, welche der Geh. Medizinalrath, Professor Dr. Göppert erläuterte. Sr. Majestät nahm die Petition allergnädigst entgegen, geruhte das Wünschenswerthe der Gründung einer Akademie anzuerkennen und zunächst zu fragen: ob schon ein Platz in Aussicht genommen sei? Es wurde darauf erwidert, daß der Platz bei der Händel'schen Reitbahn oder der Reitplatz in der Nähe der Kürassierkaserne als passend in Vorschlag gebracht worden seien. — Der König hob darauf hervor, wie es ihn erfreue, das Bedürfnis einer solchen Gründung, gegenüber den materiellen Bestrebungen der Zeit, in einer Provinzial-Hauptstadt so lebhaft anerkannt zu sehen und stellte die Frage: ob die Ausführung durch den Staat mit Beihilfe der Provinz, der Stadt und der Privaten geschehen soll oder ob der Staat nur ausbühlfweise dabei einzutreten habe? — Es mußte diese Frage dahin beantwortet werden, daß bei der Kürze der Zeit darüber noch kein Beschluß habe gefaßt werden können, daß die Realisirung auf beiden Wegen möglich erscheine, daß aber vor Allem die Initiative des Staates zu wünschen sei, in welchem Falle die lebhafteste Theilnahme der Provinz, der Stadt und der Privaten nicht fehlen werde. Sr. Majestät geruhte hierauf unter Hervorhebung dessen, was die Provinz und die Stadt in den vergangenen Monaten in so hervorragender, Andern zur Nachahmung veranlassender Weise gethan habe, sich dahin auszusprechen, daß die Ausführung des schönen Planes, dessen segensreiche Folgen sich auf die kommenden Geschlechter vorbereiten werden, in Allerhöchsthren Wünschen liege, und stellte deren weitere Förderung allergnädigst in Aussicht.“

— Bei der Beurtheilung der Personalien im Etat des Staatsministeriums hat sich auch diesmal in der Oppositionspressen wieder der Irrthum eingestellt, es sei zu den früheren drei etatsmäßigen Rathstellen im Staatsministerium als vierte die des Geheimen Regierungsrathes Wagener hinzugekommen, und außerdem, ist gesagt worden, beziehe derselbe noch eine Remuneration als Kurator des Staatsarchives, werde also als Regierungskommissar im Abgeordnetenhaus in die Lage kommen, in dieser Beziehung für sich selber zu sprechen. Nun ist aber der Geheimrath Wagener in die durch das Ausscheiden des Geheimrathes Hegel aus dem Staatsministerium bei dessen Ernennung zum Konfiskations-Präsidenten erledigte Rathstelle eingetreten, und hat folglich bei der Kreirung einer neuen Rathstelle kein eigenes Interesse zu vertreten, ebenso wenig auch bei der Remuneration für das Kuratorium des Staatsarchives, denn diese bezieht nicht der Geheimrath Wagener, sondern der Regierungsrath Homeyer, der früher im Staatsministerium beschäftigt war.

— In den liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses ist dadurch Bedenken hervorgerufen, daß das Budget so, wie es von der Regierung vorgelegt, keine Einnahmen aus den neuen Landes- theilen enthält, welche doch bekanntlich mit dem 1. Oktober 1867 mit den alten Provinzen definitiv vereinigt werden sollen. Dadurch würden also die Ausgaben für das 4. Quartal des künftigen Jahres aus dem vorliegenden Etat bestritten werden müssen, und

man ist daher der Ansicht, daß schon jetzt in dem Budget die Einnahmen und Ausgaben für die neuen Landestheile pro viertel Quartal ausgeworfen werden sollen. Für die Plenar-Berathungen werden, wie die „N. A. Ztg.“ hört, von den liberalen Fraktionen des Hauses auf diesen Gegenstand bezügliche Anträge vorbereitet.

— Nach der dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Uebersicht der Staats-Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1865 haben die ordentlichen Einnahmen betragen 163,291,658 Thlr. 2 Sgr. 1 Pf. und die einmaligen außerordentlichen Einnahmen 10,371,034 Thlr. 24 Sgr. 11 Pf., zusammen also: 173,662,692 Thlr. 27 Sgr. Die Ausgaben und zwar fortdauernde 147,298,688 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf., die einmaligen 9,070,849 Thlr. 5 Sgr. 1 Pf. und die sonstigen extraordinären 12,612,416 Thlr. 3 Sgr. 3 Pf., zusammen 168,981,953 Thlr. 10 Sgr. 8 Pf. Das ergibt einen Einnahme-Ueberschuß von 4,680,739 Thlr. 16 Sgr. 4 Pf. und nach Abzug der Einnahme-Reste mit 2,686,575 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf., welche erst später disponibel werden, beträgt der Ueberschuß 1,994,164 Thlr. 5 Sgr. 2 Pf. Bei der Restverwaltung sind disponibel gewesen 2,429,715 Thlr. 27 Sgr. 10 Pf.; wird diese Summe auf die ebenfalls bei der Restverwaltung berechneten Kosten des dänischen Krieges mit 4,411,055 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf. in Abrechnung gebracht, so bleiben von diesen Kosten noch zu decken 1,981,339 Thlr. 19 Sgr. 4 Pf. und zwar von jenem erwähnten Ueberschuß mit 1,994,164 Thlr. 5 Sgr. 2 Pf., so daß, nachdem der Rest der Kosten des dänischen Krieges aus dem Ueberschuß für 1865 gedeckt ist, noch ein disponibler Rest von 12,324 Thlr. 15 Sgr. 10 Pf. verbleibt.

— Die Fraktion der Konservativen des Abgeordnetenhauses hatte gestern Vormittag eine Fraktions-Sitzung, um die Tagesordnung für die morgende Plenar-Sitzung zu berathen. Bemerkenswerth bei diesen Berathungen waren die Ansichten, welche sich bei der Mehrzahl der Mitglieder in Betreff eines Theiles des Etats der Finanzverwaltung kund gaben. Dem diesjährigen Etat sind nämlich zwei Uebersichten beigegeben, von denen die eine die künftigen Normal-Besoldungssätze derjenigen Beamten-Kategorie angiebt, die bei Vertheilung des Antheils von 50,200 Th. des im Etat für 1867 zu Besoldungs-Verbesserungen ausgelegten Dispositionsfonds berücksichtigt werden und der danach eintretenden Gehalts-Erhöhungen; die andere, die gegenwärtigen und künftigen Normal-Besoldungssätze der Unterbeamten und der danach eintretenden Gehalts-Verbesserungen angiebt. Zu der erstgenannten Kategorie von Beamten zählen der Präsident des Staatsministeriums und die Minister, Ministerial-Direktoren, die Oberpräsidenten, Regierungs- und Regierungsvize-Präsidenten, der General-Postdirektor fünf Vize-Präsidenten des Obertribunals, der General-Consul, der Präsident des Ober-Kirchenrathes u. a. m., während die zweite Uebersicht auf die Besoldungen der Subalternbeamten der geringeren Kategorien, wie Kanzleidiener, Portiers, Wächter, Aufseher in Gefängnissen, Amtsdienner, Steueraufseher u. dgl. bezieht. In der Besoldung der Fraktion wurde nun hervorgehoben, daß in den Normal-Besoldungs-Stat eine Aufbesserung der Gehälter der mittleren Beamten-Kategorien gänzlich mangelte, hier aber eine Erhöhung der Gehälter noch mehr geboten erscheine, als bei den Gehältern der höheren und höchsten Staatsbeamten, da gerade bei ihnen die Höhe des Gehaltes den Bedürfnissen des Lebens nicht entspräche. Lobenswerth sei es, daß die Staatsregierung an die Aufbesserung der Gehälter der untersten Staatsbeamten herangetreten sei; wenn man nun noch Staatsmittel zu gleichem Zwecke zur Verfügung gehabt habe, so wäre es passender mit der Gehaltsaufbesserung gradatim von unten nach oben hin vorzuschreiten, als die mittleren Beamtenklassen gänzlich zu überspringen und auf die Zukunft zu vertrauen. Wie wir hören, sprach sich eine große Zahl von Fraktionsmitgliedern in diesem Sinne aus; ein Beschluß wurde zwar noch nicht gefaßt, jedoch dürfte leicht zu erwarten sein, daß die Bewilligung der in Rede stehenden 50,200 Th. bei der Plenarberathung von Seiten der Konservativen angefochten wird.

— Bericht der Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Es folgt der Etat des Bureaus des Staatsministeriums. Derselbe wird durch Geh. Regierungsrath Wagener eingeleitet, welcher gleichzeitig auf die Anfragen des Abg. v. Hoyerbeck antwortet: daß der Staatsregierung von dem Eingehen der vortragenden Rathsstelle beim Kronprinzen nichts bekannt, und daß die Stelle eines Kanzleisekretärs beim literarischen Bureau des Staatsministeriums noch von der früheren Person besetzt sei. Abg. Frhr. v. Hoyerbeck stellt den Antrag: die Stelle eines Direktors beim literarischen Bureau abzuschaffen, diejenige des Kanzleisekretärs als künftig wegfallend zu bezeichnen. Der erste Antrag wird vom Hause abgelehnt, der andere vom Antragsteller zurückgezogen. Bei Tit. 6. Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke von 31,000 Th. beantragt Frhr. v. Hoyerbeck die Streichung. Der Minister des Innern bezieht sich auf seine früheren Äußerungen in dem Hause über diese Angelegenheit. — Abg. Twesten verweist auf die „Provinzial-Correspondenz“, welche aus diesem Fond erhalten werde, geht sodann zu der Fragestellung, welcher die „Rheinische Zeitung“ in neuerer Zeit unterworfen sei. Der Fond sei ein Vertrauensvotum für das Ministerium, er werde zur innern Politik verwendet und da dies Ministerium seine Sympathien in der innern Politik nicht bestreite, so werde er die Bewilligung verweigern. — Abg. Graf Schwerin: Die Ausführungen des Herrn Vorredners gehören nicht zur Sache. Jedes Ministerium bedarf eines solchen Fonds, er ist kein Vertrauensvotum; er muß einem jeden Ministerium bewilligt werden, wenn dasselbe seine Schuldbiligkeit thun soll. (Bravo! rechts). — Abg. Graf Bethusy-Suc schließt sich der Ausführung des Vorredners an. Derselbe Mann, dem von verschiedenen Seiten des Hauses in neuerer Zeit das Vertrauen entgegen getragen worden, ist der Chef des Ministeriums, dem diese Summe bewilligt werden soll; das möge man erwägen. Abg. Jung: Ein Ministerium, welches im Lande Anhang hat, bedarf dieses Fonds nicht, ist sich selbst Organ: hat es keinen Anhang, so hat es nicht das Recht zu existiren. Wir sollen Geld bewilligen für diese „Provinzial-Correspondenz, die uns stets angegriffen hat? Ich würde das für meine Pflicht, gegen das Interesse meiner Parei und meiner Wähler und gegen meine Ehre halten. (Rechts! Oho! Oho!) — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Stavenhagen: Früher habe ich gegen die Bewilligung gesprochen, jetzt werde ich dafür stimmen, und zwar weil der Fonds für die innere und äußere Politik bestimmt ist, ich aber das Ministerium in der äußeren Politik unterstützen will. Eine Trennung ist hier ganz unmöglich. — Ein Antrag auf Schluß wird wieder abgelehnt. — Abg. Lent: Dieser Fonds ist für die innere Politik bestimmt, der für die äußere steht im Etat des auswärtigen Ministeriums. Die neueste Zeit hat uns zu dem Ministerium in keine andere Lage gebracht. Der Minister des Innern hat uns in der letzten Sitzungsperiode gesagt: Bewilligen Sie uns die Indemnität und Sie werden uns zwingen, Ihnen entgegen zu kommen. In diesem Sinne haben wir die Indemnität bewilligt; von einem Annapern sind wir nichts gewahr geworden. — Minister des Innern: Der Vorredner sagt, es hätte sich in der Haltung des Ministeriums keine Wandlung gezeigt; mit demselben Recht könnte ich ihm auch antworten, daß diese Wandlung wirklich vorgegangen. Es dürfte darüber zu streiten sein, und ich würde Ihnen

sehr dankbar sein, wenn Sie mir Beweise für Ihre Behauptung anführen. Wir haben uns Ihnen genähert, ich verweise auf den Annesie-Ertrag und andere freisinnige Gesetze. Wir verlangten nicht von Ihnen, daß Sie jetzt mit einem Male konservativ werden sollten, verlangen Sie doch auch nicht von uns, daß wir plötzlich liberal werden sollen. Ich treibe keine Politik als Parteimann, aber ich bekenne meine Farbe und die ist konservativ. Wenn wir immerfort Nachgeben wollen für empfangene Unbilden, werden wir nie zur Befähigung kommen. Wir werden das Gesetz so liberal handhaben, als das nach konservativen Begriffen möglich ist. An dem Gerücht von zwei Seelen im Ministerium ist gar nichts. Die Uebereinstimmung in einem Ministerium ist nie erlatanter gewesen, als bei diesem Ministerium. Abg. Tschow: Unsere Opposition ist nicht der Zweck, sondern das Mittel zum Zweck; wo wir glauben, daß es notwendig ist, werden wir verweigern, wo nicht, bewilligen. Ich frage den Herrn Minister des Innern, ob die Nichtbefähigung der Kommunalbeamten auch auf liberalen Grundlagen basiert. Minister des Innern: Ich werde bei der Befähigung solcher Personen trotz aller liberalen Prinzipien die politische Stellung derselben nicht außer Augen lassen können. Ich werde einen Mann nicht befähigen können, der seiner Zeit an der Spitze eines Central-Comitès gestanden hat, das da aufgefordert: Diesem Ministerium keinen Groschen! Das ist nicht nur mit dem Gesetz nicht vereinbar, sondern auch meine heilige Pflicht.

Abg. Graf Eulenburg: Denken Sie durch Verweigerung des Geldes einen Sturz des Ministeriums oder eine Aenderung des Regierungsmodus herbeizuführen, so irren Sie. Es ist aber unwürdig, etwas zu thun, von dem man von vornherein den Zweck unerfüllt sieht. Das kommt auf das Gebiet kleinerer Mängel hinaus. Reg.-Komm. Geh. Rath Wagen er: Der Antrag im Etat ist nach unseren jetzigen Verhältnissen viel zu gering bemessen, nicht bloß wegen der neuerworbenen Länder: Wir sind auch darauf angewiesen, in Süddeutschland preußenfreundliche Blätter zu schaffen und Oesterreich auf diesem Gebiete Konkurrenz zu machen. Oesterreich hat für diese Zwecke Hunderttausende zur Disposition und wir wissen sehr wohl, daß Frankfurt a. M. als der Mittelpunkt der österreichischen antipreußischen Agitation anzuersuchen ist. Was die Staatsregierung fordert, ist ein Minimum; wollen Sie die äußere Politik stärken, so beantragen Sie das Doppelte dieser Position. Ihr Beschluß wird auch nach Außen hin als Demonstration gegen unsere Politik aufgefaßt werden, und ich glaube nicht, daß Sie heute schon Veranlassung haben, der Regierung ihre äußere Politik zu erschweren. — Ein Schlußantrag wird wieder abgelehnt. — Abg. Schulze (Berlin): Ich bitte Sie dringend, zur Stütze der äußeren Politik des Ministeriums auch nicht einen Groschen zu bewilligen. Behüte uns der Himmel, daß unser Vaterland nicht auf österreichische Wege gerathe. — Abg. v. Zander erklärt sich für die Bewilligung. Abg. Lasker gegen dieselbe. Er verweist dabei auch auf die Verfolgung der „Rheinischen Zeitung“. Keine Summe sei ihm zu hoch, wenn er wüßte, daß sie ausschließlich zu den Zwecken der äußeren Politik verwendet werde. Ein Pauschquantum müßte er verweigern. — Minister des Innern: Es ist richtig, daß in neuerer Zeit die „Rhein. Ztg.“ häufig verfolgt worden ist, ich finde aber nicht, daß gegen sie ungesetzlich verfahren ist, vielmehr meine ich, daß mit ganz unverantwortlicher Schwäche gegen das Blatt vorgegangen ist. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Abg. v. Blaudenburg wendet sich gegen die Aeußerungen des Abg. Lasker. Nach seinen Erfahrungen könne nur von einem konservativen Ministerium liberal regiert werden. — Der Schluß wird nochmals abgelehnt. Abg. Dr. Michaelis: Nach der moralischen und logischen Folgerung der heutigen Debatte könne er diesem Ministerium kein Vertrauensvotum durch die Bewilligung der Summe geben. — Ein nochmaliger Schlußantrag wird jetzt angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Tschow, Graf Schwerin und Lent, dann schreitet das Haus zur namentlichen Abstimmung. Bei derselben wird die Position mit 146 gegen 123 Stimmen bewilligt. In Betreff des Etats der Archive wünscht Abg. Schmidt (Danow) ein Archiv für die Provinz Posen einzurichten. Reg.-Komm. Wagen er erklärt, daß kein genügendes Material hierzu vorliegt. — Abg. Kantak verteidigt den Antrag des Abg. Schmidt im Interesse der Provinz Posen und der Staatsangehörigen polnischer Sprache.

Es kommen schließlich zur Disposition der Etat der General-Ober-Kommission 114,000 \mathcal{R} . 12,000 \mathcal{R} . mehr als im vorigen Jahre, da diese Summe als Ehrenfeld für die Inhaber des eisernen Kreuzes angesetzt ist. 2) Verwaltung des Staatsschatzes (der Fonds für dieselbe ist bereits in dem Etat für das Bureau des Staats-Ministeriums nachgewiesen). 3) Geh. Civil-Kabinet 20,600 \mathcal{R} . 2300 \mathcal{R} . mehr als im vorigen Jahre durch Erhöhung des Fonds für persönliche Ausgaben um 3000 \mathcal{R} . der eine Ersparrung an Gehältern von 700 \mathcal{R} . gegenübersteht. 4) Oberrechnungs-Kammer 129,240 \mathcal{R} . um 2500 \mathcal{R} . mehr als im vorigen Jahre durch Erhöhung und Befolgung um diesen Betrag. 5) Ober-Examinations-Kommission 970 \mathcal{R} . wie im vorigen Jahre. 6) Disziplinarhof 1240 \mathcal{R} . wie im vorigen Jahre. 7) Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte 2400 \mathcal{R} . um 50 \mathcal{R} . mehr als im vorigen Jahre. Diese Positionen werden sämtlich fast ohne Beanstandung genehmigt. Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend (heute) 10 Uhr, nachdem das Haus den Anfang um 9 Uhr mit lauemem Zuruf abgelehnt hat. Tages-Ordnung: Etat des auswärtigen und des Finanz-Ministeriums.

Barmen, 21. November. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung schritt u. A. die Versammlung zur Neuwahl des für die Vertretung der Stadt Barmen im Herrenhause designierten Beigeordneten und wurde für die Wahrnehmung dieses Amtes der bisherige Beigeordnete Herr Kommerzienrath August Engels auf fernere 6 Jahre gewählt.

Sadersleben, 20. November. Eine Deputation aus Nord-schleswig begiebt sich in diesen Tagen nach Berlin, um bei Sr. Majestät dem Könige und den Ministern eine Audienz zu erlangen, sowie dem Abgeordnetenhaus zahlreiche Adressen gegen Schleswigs Theilung zu überreichen.

Hannover, 22. November. Graf Borries hat als Direktor der Landwirtschafts-Gesellschaft die Winter-Versammlung des Central-Ausschusses derselben mit einer Ansprache eröffnet, in der er ermahnte, von der Politik sich fern zu halten. Es wurde beschlossen, im nächsten Sommer die Versammlung in Ostfriesland abzuhalten, nachdem Graf Borries die Voraussetzung ausgesprochen hatte, daß die Eintracht nicht durch politische Kundgebungen gestört werden möge, — eine Voraussetzung, der ein Mitglied aus Ostfriesland nachzukommen bereit war, für die er aber keine Garantie übernehmen zu können erklärte.

Darmstadt, 22. November. Der Königl. preussische Gesandte und bevollmächtigte Minister an unserem Hofe, Herr von Wenzel, hat gestern seine Kreditiv überreicht. (Herr v. Wenzel war schon vor dem Kriege auch in Darmstadt akkreditirt.)

Dresden, 22. November. Der Major im preussischen Generalstabe, Herr v. Leszynski, Mitglied der Kommission zur Ausführung des preussisch-sächsischen Friedensvertrages, ist in der vergangenen Nacht wieder von Berlin hier eingetroffen. Dagegen ist der interimistische diplomatische Bevollmächtigte, Herr v. Wurmb, noch dort geblieben, um die Rückkehr des Herrn v. Savigny abzuwarten. Gestern fand bei Sr. Königl. Hoh. dem Prinzen Georg ein Diner statt, zu dem auch die preussischen Generale und Stabs-offiziere der hiesigen Garnison mit Einladungen beehrt waren.

Gera, 21. November. Auf Befehl Sr. D. des Fürsten wird soeben das Statut der National-Invaliden-Stiftung veröffentlicht, mit dem beigefügten Wunsche Sr. Durchl., daß der Aufgabe, welche der Stiftung gestellt worden ist, auch im hiesigen Fürstenthume Förderung und werththätige Unterstützung zu Theil werde.

Ausland.

Wien, 21. November. Die hannoversche Emigration jetzt

ihre stillen Agitationen fort. Ob es hier zu einer ganzen Reihe von plump abgefaßten preussischen Schriften bei Zender und Co. unter dem Titel: „Ein patriotisches Wort an meine Landsleute“ eine anonyme Broschüre erschienen, welche von den gehässigsten Angriffen und Beleidigungen gegen den König von Preußen und Bismarck froh, jedenfalls aber von hier aus in Hannover verbreitet werden wird.

Paris, 21. November. Die „Opinion nationale“ schreibt zur preussischen Finanzfrage: „Ein so wohl kombinirtes, so bewunderungswürdig ausgeführtes System ist in der That der Beweis von einer Verwaltung, auf die ein Volk stolz sein darf, und wir hoffen lebhaft, daß Frankreich das Beispiel, das ihm seine Nachbarn geben, nicht allzusehr aus den Augen verliere. Es ist wahr, daß wohlwollende Anleihen Quellen des Reichthums werden können; aber die Sparfamkeit ist eine andere Quelle des Wohlstandes, die man achten muß, besonders wenn wir sehen, daß Preußen, ohne sie zu vernachlässigen, das große Problem des Lebens der civilisirten Völker — das Problem nämlich, gleichzeitig die Intelligenz und die Kraft einer Nation zu entwickeln — zu lösen im Stande war.“

— Die Abendjournale veröffentlichen eine den Militär-Intendanturen zugegangene Verfügung des Kriegsministers, welche diesen offiziell anzeigt, daß das gesamte Expeditionskorps in den ersten Monaten des nächsten Jahres aus Mexiko zurückkehren wird. Es wird ihnen deshalb aufgetragen, keine Sendungen von Militäreffekten u. mehr nach Mexiko abgehen zu lassen.

— Man schreibt der „Gazette de France“ aus derselben Stadt: „Ein höherer Offizier der preussischen Gardeartillerie befindet sich seit einigen Tagen in Toulon, wo er mit der größten Aufmerksamkeit unsere Marineanstalten und Panzerschiffe besichtigt. Der Fremde ist mit einer blauen Zulasskarte versehen, die ihm auf Befehl des Marineministers zugestellt worden ist. Diese Zulasskarten haben verschiedene Nancen je nach der größeren oder geringeren Leichtigkeit des Zutritts, die der damit versehenen Person gestattet werden soll.“

— Gestern Morgen wurde in der Sitzung der Militär-Kommission das neue Projekt über die Reorganisation der Armee angenommen und Abends reichte der Finanz-Minister Fould seine Demission ein. Es ist noch unbekannt, ob dieselbe angenommen wurde. Was das Projekt über die Armee-Reorganisation anbelangt, so sind dessen Hauptpunkte folgende: Aufrechterhaltung des Systems des Loskaufens vom Militärdienst; Abkürzung der Dienstzeit von 7 auf 6 Jahre; Festsetzung des Effektiv-Bestandes der stehenden Armee auf 360,000, statt 420,000 Mann; jährliche Einberufung von 120,000 Rekruten (statt 100,000), von denen die eine Hälfte für die aktive Armee, die andere für die Reserve bestimmt ist; die Leute in der Reserve bleiben 6 Jahre im Dienst, können sich aber im fünften Jahre verheirathen; die Soldaten des aktiven Dienstes bleiben nach beendeter Dienstzeit noch 2 Jahre in der Reserve. Die normale Zahl der Reserve wird sich also auf 480,000 Mann belaufen, wovon ein Viertel den wirklichen Dienst mitgemacht hätten. Die ganze Reserve wird nach beendeter Dienstzeit noch 2 Jahre in der mobilen Nationalgarde verbleiben, die jedoch nur in Kriegszeiten zur Besetzung der Festungen aufbehalten werden kann. Nach diesem System würde Frankreich über 1,080,000 Mann Soldaten verfügen können, nämlich aktive Armee 360,000, Reserve 480,000, mobile Nationalgarde 240,000 Mann. Nach diesem System würde die der aktiven Armee zugetheilte Mannschaft 10 Jahre unter den Waffen bleiben, nämlich 6 Jahre im aktiven Dienst, 2 Jahre in der Reserve und 2 Jahre in der mobilen Nationalgarde. Die zweite Hälfte würde 8 Jahre dienstpflichtig sein. Die Reserve wird in Regimenter nach den Territorial-Regionen eingetheilt werden und Armeekorps bilden, welche den großen militärischen Commandos entsprechen. Sie wird sich jährlich zwei Mal versammeln.

— Die Wahrnehmungen, die ich über die günstige Aufnahme des bekannten Rundschreibens des Barons Ricasoli in unseren Regierungskreisen zu machen glaubte, werden heute durch den „Abend-Moniteur“ bestätigt. Das Blatt erklärt in diesem Rundschreiben den Ausdruck eines vollkommenen Einverständnisses zwischen unserem Kabinet und dem zu Florenz Betreffs der römischen Frage, und lobt die versöhnliche und maßvolle Politik der italienischen Regierung. Weniger Beifall als in den offiziellen Sphären findet der Stand der Dinge bei den Clerikalen und namentlich bei einem Theil unserer Prälaten. Mr. Dupanloup sprach zuerst seinen Unmuth aus. Er befürchtet die Zertrümmerung des Papstthums und legt die Hauptschuld der modernen Gesellschaft bei. Bei weitem heftiger ist der Bischof von Versailles aufgetreten, der zu einem Kreuzzug gegen die Verwegenen auffordert, die sich gegen das Erbgut Petri verschworen haben. Und jetzt erklärt auch Mgr. Billiet, Erzbischof von Chambéry, einen Hirtenbrief, der an Heftigkeit die beiden vorgenannten Prälaten weit hinter sich läßt. Bei dieser Haltung unserer höheren Geistlichkeit gewinnt das Gerücht, daß sich die Kaiserin nach der ewigen Stadt begeben werde, von Neuem die Oberhand, nur ist es jetzt dahin modifizirt, daß die hohe Frau nicht noch vor Abzug unserer Truppen aus Rom dorthin reisen werde, sondern unmittelbar nach Rückkehr derselben. Der Kaiser soll jedoch für diese Absicht noch nicht gewonnen sein, weil er besorge, daß dieser Besuch einen üblen Eindruck auf die Italiener verursachen könnte.

London, 21. November. Allgemein ist die Befriedigung über das Rundschreiben des Barons Ricasoli an die Präfecten des Königreichs Italien. Es stellt, wie man denkt, eine unblutige und liberale Lösung der römischen Frage in gewisse Aussicht.

— Ein großartiges Bankett für mehr als 900 Gäste wurde gestern Abend in Manchester Mr. Bright und einer Anzahl liberaler Parlaments-Mitglieder zu Ehren von der „National Reform Union“ gegeben. Mr. G. Wilson, als Vorsitzender, Lord Houghton, Mr. Foster, M. P. und einige Andere, sprachen, zu energischer Agitation für Parlaments-Reform auffordernd, aber die Hauptwärze des ovatorischen Reichthums liegende, wie immer bei solchen Gelegenheiten, Mr. Bright. Das Bankett dauerte bis spät in die Nacht.

— Wie es heißt, wird die irische Regierung unverzüglich die in Skigo und andern westlichen Städten stationirten Truppen verstärken. In den letzten Tagen soll den sämtlichen Polizeistationen von Dublin angezeigt worden sein, daß derjenige, welcher Stephens im Falle seiner Rückkehr nach England verhaftet, eine Belohnung von 1000 £. erhalten soll.

— Eine große Anzahl Hinterladungsgewehre (Sniders System) sind im Lager von Albersdorf eingetroffen und werden unverzüglich an die verschiedenen dort stehenden Truppenkörper der Infanterie vertheilt werden. Die Instruktion der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften über den Gebrauch der neuen Waffe wird sofort beginnen.

— Der Great Eastern wird zu Anfang des nächsten Jahres einer gründlichen Ausbesserung unterzogen werden und alsdann, mit neuen Schraubenseilen versehen, und im Innern neu equipirt zu seiner ursprünglichen Bestimmung, nämlich zur Aufnahme von Passagieren erster Klasse, hergerichtet werden. Die Direktoren haben diese Ausgabe gemacht, da das Schiff von einer französischen Gesellschaft als Passagierschiff gepachtet und bestimmt ist, während des nächsten Jahres zwischen Newyork und Brest zu fahren, um Besucher der Industrie-Ausstellung herüber zu befördern. Es wird gegen Anfang März nach Newyork abgehen.

Pommern.

Stettin, 24. November. Gestern Abend lehrten zwei junge Schiffsleute im Gasthose zum grünen Baum ein, wo sich ein unbekannter Mann an sie angeschlossen und mit ihnen in einem Zimmer schlief. Heute morgen fanden die Schiffsleute, als sie vom Frühstück wieder in ihr Schlafzimmer kamen, ihre Kiste geöffnet und aus derselben 40 Thlr., sowie mehrere Kleidungsstücke entwendet. Ein Dienstmädchen will gesehen haben, daß jener Unbekannte sich heute früh mit einem Schloffer, welcher Sperrzeug bei sich trug, nach jenem Schlafzimmer begeben hat. — Gestern soll in demselben Gasthose ein Ueberzieher gestohlen sein.

— Am 21. d. Mts. wurde ein am Neuen Markte schlitternder Knabe durch einen, im raschen Tempo fahrenden Hohlwagen überfahren, wobei er von dem Pferde auf den Arm getreten wurde und ihm ein Rad über den Unterleib ging. Der Fuhrmann suchte sich durch rasches Fortjagen der Untersuchung zu entziehen, doch ist jetzt ermittelt, daß es der schon vielfach wegen ähnlicher Vergehen bestrafte Fuhrmann C. F. W. Radtchel gewesen ist.

— Nach heute eingegangenen Nachrichten hat der Dampfer „Arcona“, Schüh, am 19. d. noch in Baltisport gelegen.

Colberg. Nachdem nunmehr das Antwortschreiben des Generals v. Nolke eingegangen, soll eine Deputation von einem Bürgermitglied und zwei Stadtverordneten demselben den Ehrenbürgerbrief überreichen. — Die Kommission der Stadtverordneten für die Bürgermeisterwahl hat sich einstimmig für die Wiederwahl des nichtbesetzten Kreisrichters Haken ausgesprochen. Am 10. Dezember findet der Wahlakt statt.

Neueste Nachrichten.

Triest, 23. November. Der heute Mittag aus der Levante hier eingetroffene Dampfer ist wegen Ausbruchs der Cholera unter Konstantinopel unter Contumaz gestellt worden.

Triest, 23. November. Mit der Levantepost eingetroffene Nachrichten aus Athen vom 17. d. melden aus Kandia, daß die Stellung der Christen bei Askyplos von Mustapha-Pascha noch nicht angegriffen worden sei. Bei Gonia hatte ein Gefecht stattgefunden. Im Pyraus wurden mehrere Zöglinge der Militärschule verhaftet, als sie sich heimlich nach Kreta entfernen wollten. Alle disponiblen griechischen Truppen sind an der türkischen Grenze konzentriert. Die griechische Regierung hat an die Schutzmächte abermals eine Note gerichtet, in welcher sie gegen die von den Türken in Kandia ausgeübten Greuel protestirt. — Die Kommission der Stadtverordneten für die Bürgermeisterwahl hat sich einstimmig für die Wiederwahl des nichtbesetzten Kreisrichters Haken ausgesprochen. Am 10. Dezember findet der Wahlakt statt.

Bern, 23. November. Der Bundesrath hat an die Bundesversammlung den Antrag auf Genehmigung einer Anleihe von 10 Millionen Franks gestellt; der Betrag der Anleihe soll verwendet werden zur schleunigen Einführung von Repetirflüzen, sowie zur Umwandlung der alten Gewehre und Kanonen zu Hinterladern.

Bukarest, 23. November. Fürst Karl ist gestern Abend von seiner Rundreise zurückgekehrt. Der Empfang des Fürsten in Braila und Galatz war ein sehr glänzender.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Hannover, 24. November. Eine Kabinettsordre fordert die Offiziere auf, bis zum 1. Januar ein Pensionsgesuch oder ein Anstellungsgesuch einzureichen. Die Bekanntmachung des General-Gouverneurs fügt hinzu, die Entbindung sei von Georg selbst nachzusuchen. Die in die preussische Armee Uebertretenden haben Aussicht, auf sofortiges Placement. Wer keines von beiden Gesuchen einreicht, über den bleibt die königliche Beschlußnahme vorbehalten. Die Zahlungen auf Grund der Kapitulation von Langensalza dauern nicht über Januar fort.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. November. Witterung: Regen. Temperatur: + 4° R. Barometer: 27" 5". Wind SW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85 Sps. gelber 81—84 \mathcal{R} bez., 83—85 Sps. gelber November 84 1/2 \mathcal{R} nom., November-Dezember 82 1/2 \mathcal{R} bez. u. Gd., Frühjahr 85, 84 1/2, 85 1/4 \mathcal{R} bez., Br. u. Gd.
Roggen Schluß fest, loco pr. 2000 Pfd. 56—57 1/2 \mathcal{R} bez., November 57 1/2, 58 \mathcal{R} bez., Br. u. Gd., November-Dezember 55 1/2, 56 \mathcal{R} bez. u. Br., 55 1/2 \mathcal{R} Gd., Frühjahr 54, 54 1/4 \mathcal{R} bez., Br. u. Gd.
Gerste und Hafer ohne Umsatz.
Rübsöl wenig verändert, loco 12 1/2, 1/12 \mathcal{R} bez., 1/12 \mathcal{R} Br., November 12 1/8 \mathcal{R} bez. u. Gd., November-Dezember 12 \mathcal{R} bez., April-Mai 12 1/2 \mathcal{R} Br.
Spiritus matt, loco ohne Faß 16 1/2 \mathcal{R} bez., mit Faß 16 1/2 \mathcal{R} bez., November 16 5/12 \mathcal{R} Gd. u. Br., November-Dezember 16 \mathcal{R} bez., Frühjahr 16 1/2, 1/12 \mathcal{R} bez. u. Gd., 1/2 \mathcal{R} Br.
Angemeldet: 100 Ctr. Rübsöl, 20,000 Quart Spiritus.
Landmarkt.

Weizen 79—85 \mathcal{R} , Roggen 57—60 \mathcal{R} , Gerste 47—50 \mathcal{R} , Erbsen 54—58 \mathcal{R} per 25 Schfl., Hafer 27—30 \mathcal{R} per 26 Schfl., Strohh. pr. Schock 6—8 \mathcal{R} , Heu pr. Ctr. 15—25 \mathcal{R} , Kartoffeln 16—20 \mathcal{R} .